

In Eretz Yisrael bedingen sich damals wie heute militärischer und spiritueller Sieg und gehen ineinander über: „Nicht nur die nationale Sicherheit, sondern auch die vollständige Eroberung von Eretz Yisrael hängt vom intensiven Torah-Studium in den Yeshivoth ab“ (Glazerson, a.a.O., 121). Dieser theologische Ansatz macht die Yeshivoth – damals wie heute – zum Ausgangspunkt von Landnahme und Sieg. Ausschließlich mit dem Wissen der Yeshivoth kann der Jude verstehen, daß Eretz Yisrael mehr als jedes andere Land an die Torah gebunden und darum heilig ist. Allein dem Volk Israel ist dieses Land von Gott übereignet worden, ausschließlich dem Stamm deren, die Mose durch das Rote Meer bis an die Grenzen von Eretz Yisrael heranzuführte.

Vor diesem Hintergrund der religiösen Erinnerungen ist deutlich, daß Präsident Clinton bei seinem jüngsten Vermittlungsversuch zwischen Israelis und Palästinensern erfolglos bleiben mußte. Weder die Zusage von 2 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe für Israel noch die von Clinton überwachte Annullierung der palästinensischen Nationalcharta am 14. Dezember 1998 in Gaza halfen, Netanjahu zu weiteren Schritten bei der Durchführung des Wye-Abkommens zu veranlassen.

Da es – um im Kontext des Archetyps zu bleiben – keinen Frieden zwischen Philistern-Palästinensern und Israel geben kann, sind auch die Anstrengungen des Goi Bill Clinton für die ultraorthodoxen Siedler, die oftmals Amerikaner sind, und ihre Politiker kein Grund, im ideologisch begründeten Kampf für Eretz Yisrael nachzulassen. Die ultraorthodoxe Ideologie der Siedler bleibt hermetisch geschlossen und ist für eine rational begründete Versöhnungs- und Friedenspolitik unerreichbar.

Mehrere Fragen bleiben offen. Wer ist „Goliath“ – die Palästinenser, der sich einmischende amerikanische Präsident, die USA? Und wer ist „David“ – die frommen Ultraorthodoxen, ganz Israel oder eine abstrakte Ideologie ohne Hoffnung und Zukunft? Wer wird schließlich in der neuen Auseinandersetzung zwischen „Goliath“ und „David“ unterliegen? Der Verlierer wird „David“ sein, der in dem pathologischen Konflikt, der sich auf den vernunftlosen Kampf um Eretz Yisrael reduziert, zu versinken droht. Dem „David“ der Ultraorthodoxen sind die politische Handlungsfähigkeit und die Kraft der Zukunftsgestaltung in einem in Frieden lebenden Israel verloren gegangen.

Der antike Kampf zwischen „David“ und „Goliath“ ist ein für allemal vorbei und läßt sich in der Gegenwart nicht mehr wiederholen. Politischer Ausgleich, wirtschaftliche Entwicklung für die Palästinenser, Land und Wasserrechte für die Palästinenser, die Entwicklung einer regionalen Friedensordnung und eine lange Zeitphase, in der Israelis und Palästinenser eine versöhnte Koexistenz aufbauen können, sind gefragt.

Unerläßlich wird sein, die liberale Bevölkerungsmehrheit in Israel gegen die marktschreierische Minderheit der fanatischen Siedler zu stärken. Es gilt, die ideologischen, ultraorthodoxen, zelosischen, islamistischen und terroristischen Reflexe allmählich zu verlernen, wenn der pathologische Konflikt in Eretz Yisrael aufgebrochen werden soll. Beide Kontrahenten – „David“ und „Goliath“, Israelis und Palästinenser – sind zu schwach, um sich selbst von ihren ideologischen Fesseln zu befreien. Eine internationale Friedens- und Entwicklungspolitik, wie sie sich von Oslo und Wye ableiten läßt, wird für lange Zeit unverzichtbar sein.

Hermann Vogt

Friedliches Ende der Ära Moi?

Die Rolle der Kirchen im Demokratisierungsprozeß Kenyas

Ein für die letzten dreißig Jahre ungewohnter Geist der Kooperation zwischen Regierung, Opposition und gesellschaftlichen Kräften bestimmt derzeit das politische Klima Kenyas. Ralph-Michael Peters, Mitarbeiter des Hamburger Institutes für Afrikakunde, analysiert den wichtigen Beitrag der großen christlichen Kirchen des ostafrikanischen Landes für politische Reformen, demokratischen Aufbau und gesellschaftliche Integration.

Der Demokratisierungsprozeß im ostafrikanischen Kenya steckt auch rund sieben Jahre nach der Rückkehr zum Mehrparteiensystem noch in den Kinderschuhen. Erstmals gibt die politische Entwicklung aber Anlaß zu vorsichtiger Hoffnung: Lange Zeit hatten sich der seit 1978 amtierende Staatspräsident *Daniel arap Moi* und seine einstige Einheits-

partei *Kenya African National Union* (KANU) gegen weitergehende demokratische Reformen gewehrt. Als jedoch Mitte des Jahres 1997 der Showdown zwischen einer vorübergehend geeinten Opposition aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, Kirchen und Oppositionsparteien einerseits und der Regierung andererseits das Land an den Rand der Unregier-

barkeit manövrierte, schwenkte Moi schließlich auf den Verhandlungspfad ein.

In einem ersten Schritt wurden mehrere repressive Gesetze gekippt sowie einige Verwaltungsreformen ausgehandelt. Diese ebneten den Weg zu den zweiten pluralistischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Ende 1997. Zwar konnten Moi und die KANU die Wahlen erneut für sich entscheiden, doch wurde danach der Verhandlungsfaden wieder aufgenommen: Seit April 1998 verständigten sich Regierung und Opposition mit bemerkenswerter Ernsthaftigkeit, Kompromißfähigkeit und Etappenerfolgen über die Modalitäten einer umfassenden demokratischen Verfassungsreform.

Weder die Einleitung des demokratischen Wandels 1991 noch die Reformen 1997/98 wären ohne das Engagement der großen christlichen Kirchen des Landes denkbar gewesen. Maßgebliche Repräsentanten der anglikanischen Kirche, der *Church of the Province of Kenya* (CPK), wie der katholischen Kirche verstehen sich vor allem als Anwälte der einfachen Bürger. Sie sehen die Kirche in der Pflicht, sich im Namen der Armen in die Politik einzumischen. Die zentrale Rolle, die das Christentum bei der Entwicklung und Entstehung von Gesellschaft und Staat gespielt hat, sowie Moisis Inanspruchnahme des Christentums als einem der tragenden Pfeiler seiner Regierungspolitik haben den Kirchen Freiräume zur Kritik an der Regierung eröffnet, die vor allem in den repressiven achtziger Jahren anderen politischen Kräften nicht zur Verfügung standen.

Christliche Kirchen, denen Schätzungen zufolge heute rund die Hälfte der Bevölkerung Kenyas angehört, nahmen indes nicht von jeher eine kritische Haltung gegenüber dem Staat ein. Ganz im Gegenteil: Die Vorläufer der heutigen CPK und der heutigen *Presbyterian Church of East Africa* (PCEA), die *Church Mission Society* und die *Church of Scotland Mission* vertraten während der Kolonialzeit keine eigenen politischen Positionen. Mehrere ihrer führenden Repräsentanten unterhielten enge Verbindungen zur Kolonialverwaltung und deren Spitzen. Nominierungen von Kirchenführern in den Gesetzgebenden Rat als Vertreter der afrikanischen Bevölkerung reflektierten die Kooptation der Kirchen in das politische System. Sozialisiert durch die bis zum Ende der Kolonialzeit (1963) nahezu exklusiv von den Kirchen geführten klassischen Christianisierungsinstanzen – Bildungs- und Gesundheitswesen – wuchs in der ersten Jahrhunderthälfte allmählich eine afrikanische Wirtschafts- und Bildungselite heran, die gewillt war, die Aufstiegschancen in der Verwaltungshierarchie wie auch koloniale Protektion zur Vergrößerung von Landbesitz zu nutzen. Während ein großer Teil von ihr loyal zur Kolonialregierung stand, begann spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg ein anderer Teil dieser wachsenden multiethnischen Elite auf die Unabhängigkeit Kenyas hinzuarbeiten. Auch er stellte die kulturellen und sozioökonomischen Grundlagen des Kolonialstaates nicht in Frage, zielte aber auf dessen Überführung in afrikanische Hände.

Dieser afrikanischen Elite stand ein großes Heer von Farmarbeitern und Landlosen gegenüber, in deren Vision von Unabhängigkeit der freie Zugang zu eigenem Landbesitz im Mittelpunkt stand, ein Zugang, den das koloniale Siedlungs- und Arbeitsrecht ihnen verwehrte. Der von diesen Unterprivilegierten getragene blutige Mau-Mau-Aufstand (1952–1956) richtete sich primär gegen die koloniale Fremdbestimmung. An einer zweiten Front aber war er mit seiner explizit antichristlichen Stoßrichtung auch ein sozio-kultureller Aufstand gegen die neue christliche afrikanische Elite und deren Vorstellungen von Unabhängigkeit.

Weder die Kolonialverwaltung noch die Mehrheit der christlichen Kirchen und Missionen achteten jedoch zunächst auf diese „Feinheiten“. Zahlreiche Führer der gemäßigten Unabhängigkeitsbewegung, darunter auch der spätere erste Staatspräsident *Jomo Kenyatta*, wurden von den Briten fälschlicherweise als Mau-Mau-Rädelsführer mehrere Jahre interniert. Die damals beiden größten Kirchen, die *Church Mission Society* und die PCEA, unterstützten die Kolonialmacht in ihrem Kampf gegen die Mau-Mau-Rebellen. Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise war es der Christenrat Kenyas (CCK), Vorläufer des im Demokratisierungsprozeß der neunziger Jahre sehr wichtigen Nationalen Kirchenrats (NCCK), der den Dialog mit den moderaten Kräften aufnahm. Im Rückblick wird deutlich, daß der CCK als Dachorganisation der meisten protestantischen Kirchen damit deren langsamen Wechsel von den alten zu den neuen Herren einleitete.

Die langsame Emanzipation der Kirchen vom Staat

Als Kenya 1963 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, standen die großen christlichen Kirchen auf der Seite des neuen Establishments. Enge persönliche Verbindungen der KANU-Regierung der Kenyatta-Ära (1963–78) mit der PCEA und der CPK sicherten den Kirchen einerseits einen gewissen Freiraum, verpflichteten sie andererseits aber auch, mit Kritik an der Regierung innerhalb enger Grenzen zu bleiben. So war es nicht verwunderlich, daß Kirchenvertreter sich in den zwei großen Krisen der Kenyatta-Ära nicht zu Wort meldeten: Sie äußerten sich nicht zu der (bis heute nicht aufgeklärten) Ermordung des KANU-Generalsekretärs *Tom Mboya* im Jahr 1969 und zu dem anschließenden, mit Gefährdung der nationalen Sicherheit begründeten Verbot der einzigen Oppositionspartei. Ebenso schwiegen sie 1975 nach der Ermordung eines einflußreichen Ministers, der die ungleiche Landverteilung angeprangert hatte.

Dennoch begann sich in den siebziger Jahren ein Wandel abzuzeichnen, der sich dann auf der politischen Bühne in den achtziger und neunziger Jahren auswirken sollte: Auf zahlreiche Posten in den Kirchen-Hierarchien rückten junge Kräfte nach, die unter anderem von den Ergebnissen der Vollver-

sammlung des ÖRK in Uppsala 1968 inspiriert waren. Für Kirchenführer wie den heutigen Erzbischof der CPK und prominenten Regierungskritiker *David Gitari* standen die Kirchen in der Pflicht, sich auf die Seite der Armen zu stellen und mit ihnen für Gerechtigkeit zu kämpfen.

Die besondere Verantwortung der Christen

In den achtziger Jahren verschoben sich die Koordinaten des politischen Systems. Daniel arap Moi hatte 1978 die Nachfolge des verstorbenen Kenyatta angetreten. Nach einem gescheiterten Putschversuch 1982 begann er die Strukturen des Kenyatta-Staates umzubauen. Dies bedeutete vor allem, daß Angehörige von Kenyattas ethnischer Gruppe, der Kikuyu, mit rund 20 Prozent Bevölkerungsanteil Kenyas größte Volksgruppe, nach und nach ihre führenden politischen Positionen verloren und durch Mitglieder der Kalenjin, Moisi Ethnie, und mit ihnen verbündeter ethnischer Gruppen ersetzt wurden. Die Führungspositionen in der PCEA, der katholischen Kirche, dem Nationalen Kirchenrat (NCK) und in etwas geringerem Maße auch der CPK waren aber von Kikuyu dominiert, da deren regionale Schwerpunkte in den Kikuyu-Siedlungsgebieten in der Zentral-Provinz und im Rift Valley liegen. Alle drei Kirchen büßten so ihre privilegierten Beziehungen zur Regierung ein.

Im Verlauf der achtziger Jahre, als das Moi-Regime die Repressionsschrauben immer fester anzog, wurden vor allem die CPK, der NCK und die katholische Kirche zu den nahezu einzigen Kanälen, über die vorsichtig Kritik an der Regierung geäußert werden konnte. CPK-Bischöfe wie *Gitari*, *Henry Okullu* oder *Alexander Muge* sowie der PCEA-Reverend *Timothy Njoya* (der allerdings für wenig mehr als sich selbst sprach) und der katholische Bischof *Mwana a'Nzeki* kritisierten wiederholt die weitreichende Korruption der politischen Klasse, die Vernachlässigung der Armen durch die Regierung und die Einschränkungen politischer Rechte.

Sie standen auch in der politisch angespannten zweiten Hälfte der achtziger Jahre kritisch-loyal zur Regierung. Im autoritär-repressiven Klima jedoch, in dem Moi die KANU zur entscheidenden, auch dem Parlament übergeordneten Kraft gemacht hatte, wurden ihre Forderungen nach öffentlichen Debatten über Regierungsentscheidungen von der KANU als Angriff auf die Grundlagen ihres Herrschaftsmodells gewertet. Moi und etliche seiner Minister versuchten, die Kritik der Kirchen aufgrund ihrer Kikuyu-Schlagseite als tribalistisch zu brandmarken.

Wenngleich Ethnizität eine Determinante kirchlicher (wie auch politischer und allgemein gesellschaftlicher) Arbeit in Kenya ist, so sind die großen christlichen Kirchen doch bislang weitgehend bemüht, die *Ethnisierung der Politik* und des öffentlichen Lebens einzudämmen. Ihre Arbeit gilt primär

den kleinen lokalen Gemeinschaften, in denen das soziale Leben im ländlichen Bereich nach wie vor organisiert ist und die Bausteine der ethnischen Gruppen sind. So resultiert ihre moralische Autorität gerade an den „Graswurzeln“ daraus, daß sie ihre religiöse Sendung nicht losgelöst von den materiellen Lebensbedingungen der Menschen verstehen und ihrer Verkündigung in zahlreichen kleinen Entwicklungsprojekten einen für die Menschen unmittelbar relevanten Sinn verleihen.

Dies wurde jedoch spätestens Ende der achtziger Jahre schwieriger, denn die Regierung hatte nun alle maßgeblichen Kikuyu- und Luo-Politiker aus der Partei geworfen. Anfang 1990 forderten Okullu und Njoya erstmals öffentlich die Rückkehr zum *Mehrparteiensystem*. Noch in der ersten Jahreshälfte entstand eine breite Oppositionsbewegung mit populären KANU-Dissidenten, besonders Kikuyu und Luo, an der Spitze. Nun gerieten die Kirchen ihrerseits unter Druck ihrer Gemeinden, ihr Engagement für politischen Wandel stärker in ethnischen Bahnen zu definieren. Fortan war es für sie ein schwieriger Balanceakt, in dem es ihnen paradoxerweise nur dadurch, daß sie nun einzelne Oppositionspolitiker ihrer eigenen Ethnie unterstützten, gelang, ihren an universellen Werten orientierten Einfluß auf den Demokratisierungsprozeß zu wahren. Gleichzeitig liefen sie aber durch ihre offene Parteinahme Gefahr, ihre landesweite moralische Autorität einzubüßen.

In seine bis dato schwerste Krise geriet das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen Mitte des Jahres 1990, als Bischof Muge bei einem Autounfall ums Leben kam. Dem Unfall waren Drohungen eines Ministers vorausgegangen, der Muge davor gewarnt hatte, seinen Wahlkreis zu besuchen, da er diesen sonst möglicherweise nicht lebend verlassen würde. Wie nicht anders zu erwarten, erbrachten die offiziellen Untersuchungen keine Hinweise auf politische Hintergründe. In der Bevölkerung jedoch galt die Regierung als Drahtzieher. Diese nahm Muge als einen wesentlich gefährlicheren Kritiker als die anderen Kirchenvertreter wahr, denn zum einen ließen sich gegen ihn keine ethnisch-politischen Angriffe starten, da er selbst Kalenjin war, zum anderen unterminierte er durch sein öffentliches Anprangern sozialer Mißstände die Kernbasis der Regierung im Rift Valley.

Insgesamt jedoch ging die Regierung gegen die kritischen Kirchenvertreter weniger repressiv vor als gegen KANU-Dissidenten oder das traditionell kritische Universitätspersonal. Zwar wurden auch Gitari und andere mit Gefängnis und anderen Sanktionen bedroht, doch gab es keine systematische Verfolgung oder Einschränkung der Kirchen. Wichtig war und ist zudem die weitgehende finanzielle Unabhängigkeit der Kirchen vom Staat, so daß der Regierung ein wesentliches Instrument zur Disziplinierung fehlt. Zwar waren in den achtziger Jahren die Kirchenführungen mit den unverblühten Äußerungen einzelner Bischöfe und Geistlichen häufig

nicht einverstanden, doch gaben sie ihnen – mit Ausnahme der konservativen PCEA – in Konfliktfällen die erforderliche Rückendeckung.

Ein zentraler Grund für die Selbstbeschränkung des Regimes gegenüber den Kirchen liegt in der Verzahnung von Staat und Kirche, von staatlicher Legitimität und christlicher Sinnstiftung, von Modernisierung und Bibelverbreitung. Ungeachtet der formalen Trennung von Staat und Kirche ist das Christentum eines der Fundamente, auf dem das unabhängige Kenya entstanden ist. Durch das von den Kirchen lange bestimmte Bildungssystem ist das Christentum gewissermaßen in die DNS-Matrix der Gesellschaft eingepflanzt. Moi selbst betont immer wieder die Bedeutung des christlichen Glaubens für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist ein eifriger sonntäglicher Kirchgänger. Er hat den Einfluß der regierungskritischen Kirchen und des NCKK insbesondere durch die Förderung konservativer evangelikaler Kirchen (vor allem *African Inland Church/AIC*) und ihrer Dachverbände einzudämmen versucht. Die beiden Dachverbände, die als Alternativen zum NCKK mit Regierungshilfe Anfang der achtziger und Mitte der neunziger Jahre aus der Taufe gehoben wurden, erwiesen sich aber als nicht konkurrenzfähig.

Im Dezember 1991 kehrte Kenya nach erheblichem innen- und außenpolitischen Druck zum Mehrparteiensystem zurück. Die bis dahin zum Teil gewaltsam unter der Oberfläche gehaltenen gesellschaftlichen Spannungen traten nun offen zu Tage und wurden durch den jetzt möglichen politischen Wettbewerb weiter verstärkt. Aufgrund der sowohl von Regierungs- als auch Oppositionsseite betriebenen Ethnisierung der Politik schälten sich im wesentlichen zwei ethnisch-politische Lager heraus, das der Regierung, das auf einem Bündnis der Rift Valley- und der Küstenvölker basierte, sowie das der Opposition, in dem sich die Kikuyu und Luo wiederfanden, während Politiker zweier mittelgroßer Ethnien (Luhya und Kamba) auf beiden Seiten standen. Der Zugriff auf die Macht disziplinierte die widerstreitenden Kräfte innerhalb des Regime-Bündnisses. Nachdem die verschiedenen Oppositionskräfte bis zum Beginn der demokratischen Öffnung zusammengearbeitet hatten, traten nun – mit der Aussicht auf die Macht – die persönlichen Führungsansprüche mehrerer KANU-Dissidenten und alte ethnisch-politische Ressentiments in den Vordergrund.

Sichtbarster Ausdruck und gleichzeitig noch einmal Verstärker der ethnisch-politischen Polarisierung waren die ethnischen Vertreibungen von Kikuyu, Luo und Luhya aus Teilen des Rift Valleys in den Jahren 1991–94 durch Kalenjin und Maasai. Dabei wurden rund 300 000 Menschen vertrieben und etwa 1500 getötet. Auf der Basis eigener Untersuchungsberichte machten Anfang 1992 die CPK, die Katholische Kirche und der NCKK in bislang nicht dagewesener Deutlichkeit Regierungspolitiker namentlich als Anstifter für die Gewalt

verantwortlich und forderten – vergeblich – deren strafrechtliche Verfolgung. Während der Staat die Opfer der Vertreibungen ihrem Schicksal überließ, kümmerten sich die Kirchen um deren medizinische und humanitäre Versorgung.

Mitte des Jahres 1992, als sich die Spaltung der Opposition abzeichnete, versuchte der damalige Generalsekretär des NCKK, *Samuel Kobia*, letztlich erfolglos die Oppositionskräfte noch einmal zu einen und die öffentliche Debatte von Fragen der Machtarithmetik auf Sachthemen (umfassende Verfassungsreform, Korruptionsbekämpfung und Menschenrechte) umzulenken. Bei den Wahlen im Dezember 1992, die von erheblichen unlauteren Wettbewerbsvorteilen für die Regierungspartei bestimmt waren, konnten Moi und die KANU gegen die gespaltene Opposition einen sicheren und klaren Sieg einfahren.

Nach dem Rückzug aus der Politik ein erneutes Engagement der Kirchen

Danach zogen sich die Kirchen dann vorübergehend aus dem öffentlichen Rampenlicht zurück. Dies hatte im wesentlichen zwei Gründe: Erstens wurden Energien und Kapazitäten durch innere Umstrukturierungen und durch interne Machtkämpfe gebunden. Zweitens fehlten den Kirchen die politischen Counterparts, die ihre Anregungen und Vorlagen, etwa durch kritische Hirtenbriefe, in den politischen Entscheidungsprozeß einbrachten. Die Oppositionsparteien waren zu sehr mit internen Auseinandersetzungen beschäftigt, um die Regierung mit inhaltlichen Forderungen unter Druck zu setzen.

Seit August 1996 engagieren sich die kirchlichen Organisationen wieder stärker politisch. Um ihren Forderungen möglichst großen Nachdruck zu verleihen, stimmten sich der NCKK und die katholischen Bischöfe zeitlich und inhaltlich miteinander ab und erklärten Mitte August 1996 in jeweils eigenen Pressekonferenzen dezidiert, warum das Land welche Reformen (Gesundheits- und Bildungssystem, Transport- und Kommunikationswesen) benötige. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einer umfassenden *Verfassungsreform*. Noch immer waren zahlreiche, zum Teil aus der Kolonialzeit stammende repressive Gesetze in Kraft, die die Regierung gezielt einsetzte, um den Handlungsspielraum von Opposition und kritischen Medien zu beschneiden. Ebenso wenig war die Machtfülle des Präsidenten angetastet worden.

Seit 1994 arbeitete ein Bündnis verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen an der Vorbereitung einer nationalen Kampagne zur Verfassungsreform. Zentral für die Wirksamkeit dieser Kampagne war die Unterstützung der Kirchen, die gerade durch ihre Nähe zu den „Graswurzeln“ einerseits auf die alltäglichen politischen und wirtschaftlichen Sorgen der Bürger in ihrer Gemeindegarbeit eingehen konn-

ten, die aber andererseits durch ihre internen Kommunikationsnetzwerke diese Probleme auch in die Beratungen über den adäquaten Reformkatalog einfließen ließen. Die Kirchen sahen sich in einem aufklärenden Dialog mit den einfachen Bürgern, aber nicht als direkte Mobilisierungskraft für politische Aktionen.

Das Reformpaket von 1997 fand Zustimmung bei fast allen politischen Kräften

Zum Jahreswechsel 1996/97 gelang es den zivilgesellschaftlichen Gruppen schließlich die Oppositionsparteien, die genau jene Mobilisierungsmacht besaßen, in die zweite Reihe der Reforminitiative einzubinden. In deren Leitungsgremium, dem *National Convention Planning Committee* und seinem Nachfolgeorgan (ab April 1997), dem *National Convention Executive Council* (NCEC), waren auch der NCK und die katholische Kirche vertreten. Dennoch achteten beide Institutionen darauf, daß ihre Repräsentanten nicht zu den Wortführern der Gremien gehörten und sie als Kirchen weiterhin eigenständig handelten. So beteiligten sie sich nicht direkt an den Demonstrationen für Reformen im Mai und Juni 1997, die der NCEC mit den Oppositionsparteien organisierte.

Dennoch bedeutete die bislang einmalige gemeinsame Pressekonferenz des NCK und der Kenianischen Bischofskonferenz am Vorabend der zweiten Demonstration eine entscheidende moralische Unterstützung der Sache. Sie forderten die Regierung zu einem Minimum an rechtlichen Reformen auf, damit bei den für das Ende des Jahres 1997 erwarteten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zumindest annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen für Regierung und Opposition bestünden. Dieser gemeinsame Weg an die Öffentlichkeit war das Ergebnis der erfolglosen Versuche des designierten katholischen Erzbischofs von Nairobi, *Ndingi Mwana a'Nzeki*, des seit 1994 amtierenden NCK-Generalsekretärs *Mutava Musyimi* und des im November 1996 zum neuen Erzbischof der CPK gewählten *David Gitari*, Präsident Moi in privaten Gesprächen von der Notwendigkeit umfangreicher demokratischer Reformen zu überzeugen.

In den Folgemonaten entwickelte das seit Anfang der neunziger Jahre erstmals wieder sachorientiert zusammenarbeitende Oppositionsspektrum eine unerwartete Konfliktfähigkeit. Die Aktionen des NCEC erhielten breiten öffentlichen Zulauf. Die Regierung geriet in die Defensive. Nachdem sie die Sicherheitskräfte eine Demonstration Anfang Juli 1997 brutal und blutig verhindern ließ (mindestens 14 Tote und eine unbekannte Zahl Verletzter), verstärkte sich auch der internationale Druck. Moi erkannte, daß die Folgen eines fortgesetzten Widerstands gegen einen Dialog mit der Opposition nicht mehr kalkulierbar waren. Gleichzeitig war absehbar, daß sich die Oppositionsparteien bis zu den Wahlen nicht

auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten würden einigen können, so daß auch bei Reformzugeständnissen vor dem Urnengang die Wiederwahl der Regierung nicht wirklich gefährdet schien.

Taktisch geschickt bestand Moi darauf, daß nur die Parteien die Reformen verhandeln und die zivilgesellschaftlichen Organisationen als Verhandlungspartner nicht zugelassen würden – sie besaßen ja kein politisches Mandat. Moisis Angebot kam den oppositionellen Parteipolitikern nur zu gelegen, konnten sie so doch ihre alten Führungspositionen innerhalb der Opposition wiedereinnahmen. Ohne Erfolg blieben Vermittlungsversuche eines extra als Konfliktmoderator gegründeten Kirchenkomitees, die zivilgesellschaftlichen Gruppen in den Verhandlungsprozeß zu integrieren.

Grundlegend erleichtert über die Verhandlungsbereitschaft der Regierung, waren aber auch die Kirchen nun in erster Linie auf eine Konfliktdeeskalation bedacht, auch wenn dies möglicherweise Abstriche an der Reform-Agenda bedeuten könnte. Die Sanktionierung des Verhandlungsweges durch die Kirchen war ein (mit-)entscheidender Grund für dessen Akzeptanz durch die Bevölkerung. Nachfolgende Demonstrationen durch den NCEC schlugen fehl.

Wider Erwarten handelte die *Inter-Parties-Parliamentary-Group* (IPPG) aus Mitgliedern der Regierungs- und der Oppositionsparteien im September 1997 ein Paket substantieller Reformen aus, das die politischen Rahmenbedingungen deutlich ein Stück freier und fairer machte. Im November wurde im Parlament u. a. folgendes beschlossen:

- keine Beteiligung der KANU-treuen Provinz- und Distriktverwaltung an der Organisation der Wahlen;
- keine Inhaftierungen ohne Anklage mehr;
- keine Lizenzanträge bei den Distriktverwaltungen für öffentliche Versammlungen mehr;
- Aufstockung der Moi-ergebenen Wahlkommission um Mitglieder, die die Opposition nominierte;
- Zulassung aller politischen Parteien;
- ein Gesetz, das das Verfahren zur Überarbeitung der Verfassung nach den Wahlen festlegt.

Wenngleich einiges unzureichend blieb (die von der Regierung kontrollierten elektronischen Medien wurden nicht auf faire Berichterstattung verpflichtet) und wenngleich auch die Reformen zu spät kamen, um sich bei den dann am 29. Dezember 1997 abgehaltenen Wahlen bereits voll auszuwirken, die IPPG-Verhandlungen entspannten das politische Klima im Land deutlich. Mit Ausnahme des NCEC fand das Reformpaket die Zustimmung nahezu aller politischen Kräfte des Landes, auch der Kirchen.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen konnten Moi (40,1 Prozent der Stimmen) und die KANU (107 von 210 Sitzen) erwartungsgemäß gewinnen – die Opposition hatte sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen können. Von deren vier bedeutenderen Präsidentschaftskandidaten konnte lediglich der Vorsitzende der *Democratic Party* (DP),

der frühere Vizepräsident (1978–1988) *Mwai Kibaki*, einen Achtungserfolg erzielen (31,9 Prozent). Wie wichtig die Haltung der Kirchen ist, wurde in der Woche nach der Wahl noch einmal deutlich. Zwei der unterlegenen Präsidentschaftskandidaten wollten das Wahlergebnis nicht anerkennen. Über der Hauptstadt Nairobi lag für zwei Tage eine gewisse Spannung. Würden sich ihnen noch weitere Kräfte anschließen?

Die Spannung löste sich, als die nationale Wahlbeobachtergruppe, die vom NCCCK, dem *Justice Peace and Reconciliation Committee* der katholischen Kirche und einer lokalen Nichtregierungsorganisation organisiert worden waren, mit ihrer Einschätzung der Wahlen an die Öffentlichkeit traten und erklärten, daß die Ergebnisse trotz zahlreicher Unzulänglichkeiten weitgehend den Willen der Kenyaner widerspiegeln würden und daher anzuerkennen seien.

Nach den Wahlen mehrte sich die Kritik an dem Gesetz zur Verfassungsreform, weil es dem Präsidenten erhebliche Macht bei der Ernennung der Mitglieder der Verfassungskommission einräumte. Doch bevor die Verfassungsdebatte neu aufgenommen werden konnte, kam es im Januar/Februar 1998 in zwei Distrikten im Rift Valley erneut zu Vertreibungen v. a. von Kikuyu, bei denen rund 100 Menschen getötet wurden. Der NCCCK setzte daraufhin seine Beteiligung an den Gesprächen über die Verfassung aus. Im April 1998, zwei Monate nach dem Ende der Vertreibungen, kam jedoch auf Initiative von Generalstaatsanwalts *Amos Wako* neuer Wind in die Reformdebatte. Bei drei aufeinander aufbauenden Konferenzen nahmen schließlich die politischen Parteien, die Kirchen, die NROs und Verbände den Dialog wieder auf.

Im Juni konstituierte sich dann ein zwölfköpfiges Komitee, in dem erstmals auch der NCEC repräsentiert war, um das Gesetz zur Verfassungsreform zu überarbeiten. Geleitet von dem katholischen Bischof von Kakamega, *Philip Sulumeti*, gelang es dem Komitee Ende Oktober 1998, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der von allen bislang divergierenden Interessengruppen getragen wurde. Kernpunkt des Gesetzes ist die Ernennung einer 25-köpfigen Kommission (13 Parteivertreter, 12 Repräsentanten der Zivilgesellschaft, incl. der Kirchen), in der die Regierungspartei nur fünf Sitze haben wird. Erstmals in der Geschichte des Landes ist damit ein Gremium von solcher Bedeutung nicht von der Regierung dominiert. Dies könnte auch gewährleisten, daß der Endbericht der Kommission nicht wie der vieler vor ihr in einer Regierungsschublade für immer verschwindet.

Vorerst herrscht jedoch (noch?) ein für das Kenya der letzten zweieinhalb Dekaden ungewohnter Geist der Kooperation. Dieser hat nicht zuletzt auch Moi selbst mitbeflügelt, als er in einer viel beachteten Rede auf der Konferenz im August konzipierte, daß es notwendig sein werde, künftig die Machtfülle des Präsidenten verfassungsrechtlich zu begrenzen. Dabei

mag Moi daran gedacht haben, daß er selbst nicht mehr amtierenden wird, wenn die Reformen wirksam werden. Denn die laufende Legislaturperiode ist laut Verfassung seine letzte. Vor diesem Hintergrund scheint sich die neue Reform- und Kooperationsbereitschaft der Regierung zu erklären. Aus der Regierungspartei KANU ist kein mehrheitsfähiger Kandidat für die Nachfolge in Sicht. Moi möchte aber einen glatten Übergang zu seinem Nachfolger gewährleisten. Angesichts der starken ethnisch-politischen Polarisierungen in seiner bisherigen Amtszeit befürchtet er – nicht zu Unrecht – daß es zur großen Abrechnung kommen könnte, wenn sich am Ende seiner Amtszeit die Lager weiter unversöhnlich gegenüberstehen. Aus diesem Grund hat Moi nach den Wahlen auch informelle Kooperationen mit zwei der vier größeren Oppositionsparteien begonnen und prominente Oppositionspolitiker auf wichtige Führungsämter in staatlichen Behörden berufen.

Die christlichen Kirchen in Kenya haben wiederholt als Katalysator politischer Reformen gewirkt. Es wird nun besonders auf ihre integrierenden Kräfte ankommen, um den Übergang in die Nach-Moi-Ära ohne Gewalteskalationen zu gestalten. Das Land wird ihre Arbeit noch weiter brauchen.

Ralph-Michael Peters

**Stelle
frei?**

**Stelle
gesucht?**

Nutzen Sie den Internet-Stellenmarkt
der DKM für die katholische Kirche!

DKM

DKM
DARLEHNSKASSE
MÜNSTER EG

Breul 26 · 48143 Münster

www.dkm.de